

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des

Kreistages

am Dienstag, dem 18. Dezember 2007, 16.00 Uhr,
im Sitzungssaal Nr. 1 des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend:

I. Die Abgeordneten des Kreistages:

1. Kreistagsabgeordneter Gerhard Höffmann, Bösel, als Kreistagsvorsitzender
2. Kreistagsabgeordneter Rudolf Arkenau, Cappeln
3. Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Bley, Garrel
4. Kreistagsabgeordneter Theodor Borgmann, Emstek
5. Kreistagsabgeordneter Alfons Brinker, Hemmelte
6. Kreistagsabgeordneter Gerhard Bruns, Neuvrees
7. Kreistagsabgeordneter Josef Dobelmann, Bokah
8. Kreistagsabgeordneter Christoph Eilers, Cappeln
9. Kreistagsabgeordneter Hartmut Frerichs, Harkebrügge
10. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Freye, Cloppenburg
11. Kreistagsabgeordneter Peter Friedhoff, Huckelrieden
12. Kreistagsabgeordnete Marianne Fugel, Scharrel
13. Kreistagsabgeordneter Johannes Geesen, Barßel
14. Kreistagsabgeordneter Hans Götting, Angelbeck
15. Kreistagsabgeordneter Günter Graf, Friesoythe
16. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt, Garrel
17. Kreistagsabgeordneter Hubert Hannover, Lastrup
18. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hardenberg, Altenoythe
19. Kreistagsabgeordneter Georg Haupt, Neuenkämper
20. Kreistagsabgeordnete Marlies Hukelmann, Elbergen
21. Kreistagsabgeordnete Christa Huster-Klatte, Klein-Roscharden
22. Kreistagsabgeordnete Constanze Korfhage, Cloppenburg
23. Kreistagsabgeordneter Paul Korthals, Sedelsberg
24. Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Krone, Ikenbrügge
25. Kreistagsabgeordneter Antonius Lamping, Molbergen
26. Kreistagsabgeordneter Reinhard Lanfer, Bösel
27. Kreistagsabgeordneter Johannes Loots, Barßelermoor
28. Kreistagsabgeordnete Gudrun Lüdders, Cloppenburg
29. Kreistagsabgeordneter Martinus Meinerling, Bösel
30. Kreistagsabgeordneter Georg Meyer, Cloppenburg
31. Kreistagsabgeordneter Hans Meyer, Gehlenberg
32. Kreistagsabgeordnete Ursula Meyer, Emstek
33. Kreistagsabgeordneter Gregor Middendorf, Uptloh
34. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller, Friesoythe
35. Kreistagsabgeordneter Ludger Niehaus, Peheim
36. Kreistagsabgeordneter Alois Niemann, Benstrup
37. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck, Cloppenburg

38. Kreistagsabgeordneter Bernd Roder, Bösel
39. Kreistagsabgeordneter Leonhard Rosenbaum, Ramsloh
40. Kreistagsabgeordneter Hermann Schröder, Cloppenburg
41. Kreistagsabgeordneter Heinrich Schwarte, Liener
42. Kreistagsabgeordneter Dr. Franz Stuke, Cloppenburg
43. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Tellmann, Sedelsberg
44. Kreistagsabgeordneter Siegfried Wichmann, Sevelten
45. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken, Schmerthem

II. Von der Verwaltung

Landrat Hans Eveslage, zugleich als Mitglied des Kreistages
Erster Kreisrat Frische
Ltd. Baudirektor Raue
Kreisverwaltungsoberrat Varnhorn
Kreisoberamtsrat Lanfermann
Verw.-Angestellte Hachmann als Protokollführerin

Es fehlten entschuldigt:

Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage, Halen
Kreistagsabgeordneter Heiner Kreßmann, Essen
Kreistagsabgeordnete Ursula Nüdling, Barßel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 18.10.2007
5. Berufung von nicht dem Kreistag angehörenden Mitgliedern des Schulausschusses
6. Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln des Landkreises Cloppenburg
7. Fortsetzung der Mitgliedschaft im Verein „Weser-Ems – Regionale Innovationsstrategie“
8. Neubau eines Schlauchtrocken- und Ausbildungsturmes sowie Ersatzbeschaffung einer Schlauchwaschanlage für die Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ)
9. Abfallwirtschaft; Betrieb des Kompostwerkes
hier: Emissionsverbessernde Maßnahmen
10. 17. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“
11. Verkehrsentwicklungskonzept Cloppenburg – Emstek – Cappel
12. Sicherung der Kreuzung der Landesstraße L 832 mit der Kreisstraße K 299

13. Durchführung des SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz
hier: Heranziehung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden
14. Antrag der DROBS Cloppenburg auf Weiterbewilligung und Aufstockung der Finanzierung von Maßnahmen zur Verhinderung / Verminderung von Drogenabhängigkeit bei Spätaussiedlern im Landkreis Cloppenburg
sowie
Überarbeitetes Konzept für die zukünftige vertragliche Aufgabendelegation
15. Anträge des Diakonischen Werkes, der donum vitae und des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. auf Zuschüsse für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg
16. Zuschussgewährung für das Projekt „Pro-Aktiv-Center (PACE)“ im Bereich Jugendsozialarbeit
17. Bezuschussung der Psychologischen Beratungsstelle/Erziehungsberatungsstelle der Stiftung Edith-Stein, Cloppenburg, für das Haushaltsjahr 2008
18. Einrichtung eines Familienhebammendienstes im Landkreis Cloppenburg
– Vereinbarungsentwurf –
19. Neu- und Umbau der Soeste-Schule Barßel, Förderschule mit den Schwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung in Barßel-Elisabethfehn
20. Einrichtung der Einjährigen Berufsfachschule – Gastronomie – an den Berufsbildenden Schulen am Museumsdorf Cloppenburg
21. Region des Lernens – Berufsbildende Schulen als Leitstelle eines regionalen Qualifizierungsnetzwerkes
22. Anträge auf Gewährung von Zuschüssen aus der Kreisschulbaukasse
 - a) an die Gemeinde Barßel für den Anbau eines Sozialraumes, eines Spielraumes sowie eines Schülercafes im Schulzentrum Barßel
 - b) an die Stadt Cloppenburg für den Bau einer Mensa sowie eines Ruheraumes und einer Fahrradwerkstatt mit Nebenräumen bei der Haupt- und Realschule Leharstraße
 - c) an den Landkreis Cloppenburg für den Neubau des Laurentius-Siemer-Gymnasiums in Ramsloh
23. Haushalt 2008
24. Über- und außerplanmäßige Ausgaben
25. Resolution zur beabsichtigten Änderung der ärztlichen Notdienstversorgung
26. Resolution des Aktionsbündnisses E 233
27. Anfragen zu den Niederschriften des Kreisausschusses
28. Anfragen
29. Mitteilungen
30. Einwohnerfragestunde

Vertraulicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Höffmann eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Kreistagsvorsitzender Höffmann stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig in der vorliegenden Form festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 18.10.2007

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 18.10.2007 wurde einstimmig genehmigt.

5. Berufung von nicht dem Kreistag angehörenden Mitgliedern des Schulausschusses

Kreistagsvorsitzender Höffmann trug den Sachverhalt wie folgt vor:

„Nach § 110 des Niedersächsischen Schulgesetzes gehören dem Schulausschuss des Landkreises auch Vertreter/innen der Eltern an.

Der Kreistag des Landkreises Cloppenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 02.11.2006 beschlossen, dass den Vertretern/Vertreterinnen der Eltern zwei Sitze im Schulausschuss des Landkreises zur Verfügung gestellt werden, und zwar einen Sitz für die Elternvertretung der Allgemeinbildenden Schulen und einen Sitz für die Elternvertretung der Berufsbildenden Schulen.

Die Elternvertreter/innen werden jeweils für die Dauer der Wahlperiode des Schulausschusses (bis 31.10.2011) berufen.

In den Schulausschuss wurden seinerzeit auf Vorschlag des Kreiselternrates berufen:

- Frau Lehmann als Vertreterin der Allgemeinbildenden Schulen
- Herr Bahl als Vertreter der Berufsbildenden Schulen.

Bei Frau Lehmann ist mittlerweile ein Sitzverlust eingetreten, da ihre Kinder nicht mehr die Allgemeinbildenden Schulen des Landkreises Cloppenburg besuchen.

Nach § 6 Absatz 4 der Verordnung über das Berufungsverfahren für die kommunalen Schulausschüsse findet bei einem Sitzverlust ein erneutes Berufungsverfahren nicht statt, wenn die Wahlperiode der Vertretungskörperschaft innerhalb der nächsten 6 Monate endet.

Da die Wahlperiode des Schulausschusses erst am 31.10.2011 – also nicht innerhalb der nächsten 6 Monate – endet, ist nach der o.g. Verordnung ein erneutes Berufungsverfahren für die Vertretung der Allgemeinbildenden Schulen durchzuführen.

Der Kreiselternrat hat dazu in seiner konstituierenden Sitzung am 28.11.2007 folgende Vertreter/innen benannt:

Vertreter/innen der Eltern der Allgemeinbildenden Schulen:

M: Renate Hilse, Löninger Straße 10, 49632 Essen

V: Gustav Bogumil, Von-Galen-Straße 14, 49685 Emstek“

Der Kreistag beschloss einstimmig, folgende Vertreter/innen der Eltern der Allgemeinbildenden Schulen bis zum Ende der Wahlperiode in den Schulausschuss zu berufen:

M: Renate Hilse, Löninger Straße 10, 49632 Essen

V: Gustav Bogumil, Von-Galen-Straße 14, 49685 Emstek“

6. Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln des Landkreises Cloppenburg

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-07-17
Ausschuss für Planung und Umwelt am 13.11.2007
Kreisausschuss am 22.11.2007

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, entsprechend der Vorlagen-Nr. PLA-07-17 Wirtschaftsförderungsmittel des Landkreises Cloppenburg an die Gemeinde Lastrup für die Erweiterung eines Teilstücks der Straße „Unnerweg“ im Gewerbepark Lastrup in Höhe von 50.647,75 € (= 25 %) zu bewilligen.

7. Fortsetzung der Mitgliedschaft im Verein „Weser-Ems – Regionale Innovationsstrategie“

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-07-18
Ausschuss für Planung und Umwelt am 13.11.2007
Kreisausschuss am 22.11.2007

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, die Mitgliedschaft des Landkreises Cloppenburg im Verein „Weser Ems – Regionale Innovationsstrategie“ für weitere drei Jahre bei unverändertem Mitgliedsbeitrag von 8.945 € jährlich fortzusetzen.

8. Neubau eines Schlauchtrocken- und Ausbildungsturmes sowie Ersatzbeschaffung einer Schlauchwaschanlage für die Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ)

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-07-19
Ausschuss für Planung und Umwelt am 13.11.2007
Kreisausschuss am 22.11.2007

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, dem Neubau eines Schlauchtrocken- und Ausbildungsturmes sowie der Ersatzbeschaffung einer Schlauchwaschanlage für die Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ) zuzustimmen.

9. Abfallwirtschaft; Betrieb des Kompostwerkes hier: Emissionsverbessernde Maßnahmen

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-07-20
Ausschuss für Planung und Umwelt am 13.11.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag stimmte einstimmig dem Weiterbetrieb des Kompostwerkes ab 2010 und den dafür erforderlichen Investitionen zu.

10. 17. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-07-21
Ausschuss für Planung und Umwelt am 13.11.2007
Kreisausschuss am 22.11.2007

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, den Wettbewerb mit den vorgeschlagenen Änderungen durchzuführen.

Der Kreistag beschloss einstimmig, folgende Kreistagsabgeordneten in die Beratungs- bzw. Prüfungskommission zu entsenden:

Beratungskommission:

Johannes Geesen – Stellvertreter: Hans Götting

Prüfungskommission:

Johannes Geesen – Stellvertreter: Hans Götting

Christa Huster-Klatte – Stellvertreter: Johannes Kalvelage

Siegfried Wichmann – Stellvertreter: Bernd Hackstedt

Günter Graf – Stellvertreter: Hans Meyer

Josef Dobelmann – Stellvertreterin: Constanze Korfhage

11. Verkehrsentwicklungskonzept Cloppenburg – Emstek – Cappel

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: VERK-07-13
Verkehrsausschuss am 15.11.2007
Kreisausschuss am 22.11.2007

Kreistagsabgeordneter Arkenau, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordnete Lüdders erklärte, sie begrüße das Gutachten, hoffe jedoch, dass dieses Gutachten nicht nur dazu diene, neue Straßen zu bauen, sondern auch zu erkennen, wo der ÖPNV ausgebaut werden müsse.

Der Kreistag beschloss einstimmig, ein Gutachten für ein Verkehrsentwicklungskonzept für den Raum Cloppenburg – Emstek – Cappel in Auftrag zu geben.

12. Sicherung der Kreuzung der Landesstraße L 832 mit der Kreisstraße K 299

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: VERK-07-13
Verkehrsausschuss am 15.11.2007
Kreisausschuss am 22.11.2007

Kreistagsabgeordneter Arkenau, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, dass der Landkreis Cloppenburg den Kreisverkehrsplatz L 832 / K 299 mitfinanziert, wenn das Land Niedersachsen ebenfalls einen Kostenanteil in Höhe von 125.000,00 € übernimmt und Bauherr der Maßnahme wird.

13. Durchführung des SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz hier: Heranziehung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SOZ-07-05
Sozialausschuss am 27.11.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Niehaus, Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, die Städte und Gemeinden des Landkreises Cloppenburg für die Aufgaben nach dem SGB XII und dem AsylbLG in den Jahren 2008 bis 2010 entsprechend den Vereinbarungsentwürfen heranzuziehen.

14. Antrag der DROBS Cloppenburg auf Weiterbewilligung und Aufstockung der Finanzierung von Maßnahmen zur Verhinderung / Verminderung von Drogenabhängigkeit bei Spätaussiedlern im Landkreis Cloppenburg sowie Überarbeitetes Konzept für die zukünftige vertragliche Aufgabendelegation

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SOZ-07-06
Sozialausschuss am 27.11.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Niehaus, Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig,

- a) dem neuen Konzept für die DROBS Cloppenburg zuzustimmen und die Verwaltung zu beauftragen, eine entsprechende Vereinbarung mit der DROBS Cloppenburg für die Dauer von 3 Jahren zu schließen,
- b) die Personalkosten im Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 76.252,00 € zu bezuschussen,
- c) die Sachkosten im Haushaltsjahr 2008 in Höhe von bis zu 20.000,00 € zu bezuschussen,
- d) in der Vereinbarung eine Erhöhung der Personal- und Personalnebenkosten um die prozentuale tarifliche Steigerung der Vergütung im öffentlichen Dienst vorzusehen und im Bereich der laufenden Sachkosten eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses um die Prozentpunkte des Preisindex für die Lebenshaltung vorzusehen.

15. Anträge des Diakonischen Werkes, der donum vitae und des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. auf Zuschüsse für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SOZ-07-07
Sozialausschuss am 27.11.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Niehaus, Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordnete Hukelmann nahm an der Abstimmung zu dem Zuschuss für donum vitae nicht teil.

Der Kreistag beschloss einstimmig, in den Haushaltsjahren 2008 bis 2010 für die Schwangeren- und Schwangerenkonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg dem Diakonischen Werk Cloppenburg einen jährlichen Zuschuss von bis zu 9.970,00 €, dem Verein donum vitae für die Beratungsstelle in Cloppenburg einen jährlichen Zuschuss von bis zu 9.800,00 € und für die Beratungsstelle in Barßel einen jährlichen Zuschuss von bis zu 8.000,00 € und dem Sozialdienst kath. Frauen für die Schwangerenberatung im Landkreis Cloppenburg einen jährlichen Zuschuss von bis zu 7.840,00 € als Defizitgleich zu bewilligen.

16. Zuschussgewährung für das Projekt „Pro-Aktiv-Center (PACE)“ im Bereich Jugendsozialarbeit

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: JH-07-17
Jugendhilfeausschuss am 29.11.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Hannöver, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, für das Projekt „Pro-Aktiv-Center (PACE)“ einen Zuschuss in Höhe von jährlich 36.000,00 € für die Dauer von 3 Jahren aus Mitteln der Jugendhilfe zu gewähren.

17. Bezuschussung der Psychologischen Beratungsstelle/Erziehungsberatungsstelle der Stiftung Edith-Stein, Cloppenburg, für das Haushaltsjahr 2008

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: JH-07-18
Jugendhilfeausschuss am 29.11.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Hannöver, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, der Psychologischen Beratungsstelle / Erziehungsberatungsstelle für 2008 einen Jahreszuschussbetrag in Höhe von 312.730,00 € zu gewähren.

18. Einrichtung eines Familienhebammendienstes im Landkreis Cloppenburg – Vereinbarungsentwurf –

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: JH-07-19
Jugendhilfeausschuss am 29.11.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Hannöver, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, die Vereinbarung zur Einrichtung eines Familienhebammendienstes im Landkreis Cloppenburg in der vorliegenden Form mit dem Sozialdienst kath. Frauen e.V., Cloppenburg, abzuschließen und entsprechend dem Finanzierungsplan die notwendigen Haushaltsmittel (bis 70.000,00 € jährlich) bereitzustellen.

19. Neu- und Umbau der Soeste-Schule Barßel, Förderschule mit den Schwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung in Barßel-Elisabethfehn

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SCHUL-07-14
Schulausschuss am 04.12.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, für den Neu- und Umbau der Soeste-Schule Barßel, Förderschule mit den Schwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung in Barßel-Elisabethfehn den im Rahmen des Architektenwettbewerbs mit dem 1. Preis ausgezeichneten Entwurf des Architekturbüros Angelis & Partner auszuwählen und den weiteren Planungen zugrunde zu legen.

20. Einrichtung der Einjährigen Berufsfachschule – Gastronomie – an den Berufsbildenden Schulen am Museumsdorf Cloppenburg

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SCHUL-07-15
Schulausschuss am 04.12.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss stimmte einstimmig der Einrichtung der Einjährigen Berufsfachschule – Gastronomie – an den Berufsbildenden Schulen am Museumsdorf Cloppenburg zum Schuljahr 2008/09 zu.

21. Region des Lernens – Berufsbildende Schulen als Leitstelle eines regionalen Qualifizierungsnetzwerkes

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SCHUL-07-16
Schulausschuss am 04.12.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer erklärte, die SPD-Fraktion spreche sich gegen die Einrichtung einer solchen Leitstelle aus. Die derzeitigen Angebote der Schulen seien absolut ausreichend, zumindest in der Sekundarstufe I. Die Lehrer im Fachbereich Arbeit und Wirtschaft hätten ausgezeichnete Kontakte zu den Betrieben. Es gebe auch keine Probleme bei der Beschaffung von Praktikumsstellen. Die ganze Palette werde erweitert und ergänzt durch die Berufsberatung des Arbeitsamtes, der Informationszentren und u.a. auch durch PACE. Dem Landkreis, den Betrieben und auch den Schulen solle s.E. weiterer bürokratischer Aufwand erspart werden. Wenn schon ein Betrag von 30.000 € zur Verfügung gestellt werden solle, dann wäre dieser Betrag vor Ort an den Schulen besser eingesetzt als für die Leitstelle. Die SPD-Fraktion werde nicht zustimmen.

Kreistagsabgeordneter Lanfer hielt es für bedauerlich, dass die SPD der Einrichtung der Leitstelle nicht zustimmen könne. Er sehe diese Leitstelle wirklich als ein neuartiges Projekt an, welches eine Chance verdiene und die auch den Berufsbildenden Schulen gute Chancen ermögliche. Jede Schule habe in diesem Bereich bestimmte Kompetenzen, die durch das Projekt vernetzt und für den gesamten Landkreis zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Ausbildungsfähigkeit der Schüler, insbesondere der leistungsschwachen Schüler, würde erhöht und die Bildungsqualität optimiert.

Der Kreistag stimmte bei 9 Gegenstimmen der Einrichtung einer von den 3 Berufsbildenden Schulen im Landkreis Cloppenburg gemeinsam getragenen Leitstelle im Rahmen des Projekts „Region des Lernens“ zu. In einem Jahr soll im Schulausschuss über die Aktivitäten der Leitstelle berichtet werden.

22. Anträge auf Gewährung von Zuschüssen aus der Kreisschulbaukasse

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SCHUL-07-17
Schulausschuss am 04.12.2007
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, folgende Zuschüsse aus der Kreisschulbaukasse zu gewähren:

der Gemeinde Barßel den anteiligen Zuschuss aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 35.900,00 € für den Anbau eines Sozialraumes, eines Spielraumes sowie eines Schülercafes im Schulzentrum Barßel

der Stadt Cloppenburg den anteiligen Zuschuss aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 112.600,00 € für den Bau einer Mensa sowie eines Ruheraumes und einer Fahrradwerkstatt mit Nebenräumen bei der Haupt- und Realschule Leharstraße

dem Landkreis Cloppenburg den anteiligen Zuschuss aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 1.683.300,00 € für den Neubau des Laurentius-Siemer-Gymnasiums in Ramsloh

23. Haushalt 2008

Landrat Eveslage:

„Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf 2008, den Ihnen der Kreisausschuss zur Beschlussfassung empfohlen hat, ist gründlich erarbeitet und ausführlich in den Ausschüssen und Fraktionen beraten worden.

Bei der Haushaltsaufstellung haben wir alle bis heute erkennbaren Eckdaten, die vorliegenden Beschlüsse des Kreistages, die allgemeinen politischen Vorgaben der Kreistagsfraktionen sowie die Empfehlungen der Kommunalaufsicht berücksichtigt.

Lassen Sie mich meinen Ausführungen ein Zitat aus der Ihnen zugeleiteten Genehmigungsverfügung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport zum Nachtrag 2007 voranstellen. Dort heißt es, wie übrigens ähnlich auch schon in den Genehmigungsverfügungen der Vorjahre:

„Ich empfehle, weiterhin Entschuldungsmaßnahmen anzustreben bzw. eine Netto-Neuverschuldung dringend zu vermeiden. Unbedingtes Ziel ist es, die dauernde Leistungsfähigkeit zu erhalten und die Haushalts- und Finanzlage soweit zu festigen, dass diese auch in konjunkturell schlechteren Zeiten Bestand hat.

In diesem Zusammenhang bin ich gehalten, erneut auf die überdurchschnittlich hohe Pro-Kopf-Verschuldung hinzuweisen. Dem Schuldenabbau sollte daher aus meiner Sicht unbedingt weiterhin Priorität eingeräumt werden.“ (Zitatende)

Alle Fraktionen des Kreistages haben bei der Beratung des Nachtragshaushaltes für das Jahr 2007 im gleichen Sinne wie die Kommunalaufsicht dafür plädiert, dass die Vermeidung von Neuverschuldung und der Abbau von Schulden in den nächsten Jahren für den Landkreis Cloppenburg Priorität haben muss.

Dies genau ist auch mein Ziel. Dieser Vorgabe entspricht ebenso der Ihnen Ende Oktober zugeleitete Entwurf für den Kreishaushalt 2008.

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben in dem ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf wurden – soweit sie nicht errechenbar waren – sorgfältig geschätzt. Im Laufe des Aufstellungsverfahrens haben wir die jeweils neuesten Daten unverzüglich in die Beratungen eingespeist. Trotz gründlicher Vorarbeit lässt sich die tatsächliche Entwicklung aber nicht genau vorhersagen. Die Ansätze müssen dann im Nachtrag angepasst werden.

Auch der Arbeitskreis Steuerschätzung korrigiert seine Schätzungen vom Mai immer im November. **Für 2007** ergibt sich eine positive Schätzabweichung von 4,6 Mrd. Euro und für 2008 wird die Steuerschätzung vom Mai durch die erstmalig in die Schätzung einbezogene Unternehmenssteuerreform 2008 um 0,3 Mrd. Euro nach oben korrigiert. Gegenüber dem Ist-Steueraufkommen 2006 erhöht sich der Schätzung zufolge für das Jahr 2007 das gesamte Steueraufkommen aller Ebenen um 10,3 %.

Die Gemeindesteuern weisen mit einem Zuwachs von 7,1 % zwar einen geringeren aber doch immer noch beachtlich großen Zuwachs auf. Der gemeindliche Anteil an der Einkommensteuer nimmt im Aufkommen um 13,9 % zu. Für den Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer wird für 2007 ein Zuwachs um 12 % erwartet. Die Gewerbesteuer (netto) wird nach der Schätzung in den alten Bundesländern 2007 um 3,2 % zunehmen.

Für das **Jahr 2008** jedoch geht der Arbeitskreis Steuerschätzung von einer gegenüber 2007 sehr deutlich abgeschwächten Zunahme der kommunalen Steuereinnahmen um nur noch 2,1 % aus. Wie sicher diese Prognosen sind, wird sich erst zu einem späteren Zeitpunkt zeigen. Frühestens im April 2008 ist die endgültige Berechnung der Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich möglich. Sicher scheint zur Zeit nur zu sein, dass die Steuer-

einnahmen der Kommunen im Jahre 2007/2008 einen Höhepunkt erreicht haben, der mit der abflauenden Konjunktur in den Folgejahren wieder abgebaut wird.

Wenn wir als die Chance zur Schuldenreduzierung nutzen wollen, dann ist dafür jetzt die günstigste Zeit.

Auch wenn im Herbst 2007 niemand den Verlauf des Haushaltsjahres 2008 exakt vorausberechnen kann, können wir mit dem Beschluss über den Haushalt 2008 nicht warten, bis alle Unklarheiten ausgeräumt sind, denn dann wäre eine Beschlussfassung erst in der Mitte des Jahres oder zum Jahresende möglich. Zudem besteht die gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung des Haushaltes vor Beginn des Haushaltsjahres. Dieser Verpflichtung kommen wir nun – wie vor einem Jahr zugesagt – nach. Das bedeutet aber auch, dass das Rechnungsergebnis 2007 natürlich noch nicht vorliegt und deshalb erst im Nachtrag 2008 berücksichtigt werden kann. Wir hoffen auf ein gutes Ergebnis, damit wir zumindest auf einen Teil der übertragenen Kredite aus dem Jahre 2006 in Höhe von rd. 8,7 Mio. EUR verzichten können.

Unser Schuldenstand beträgt zur Zeit rd. 74,3 Mio. Euro, die Pro-Kopf-Verschuldung liegt mit 475 Euro um 37 Prozent über dem Durchschnitt der 38 Landkreise in Niedersachsen. Würden wir im Januar noch die Kredite aus 2006 in voller Höhe aufnehmen müssen, erhöhte sich der Schuldenstand des Landkreises auf dann rd. 83 Mio. Euro.

Doch nun zum **Haushalt 2008**:

Im Hinblick auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) und den Aufbau der Überführungsrechnung im Haushaltsjahr 2008 wurden alle Haushaltsstellen auf die richtige Zuordnung überprüft. Einige Haushaltsstellen mussten demnach vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt verlagert werden. Das betrifft insbesondere Sanierungsmaßnahmen z.B. bei den Schulen oder an den Straßen.

Die Eckdaten **des Haushalts 2008**:

- Das **Volumen des Verwaltungshaushalts** beträgt in Einnahme und Ausgabe rd. 175,3 Mio. EUR.
- Das **Volumen des Vermögenshaushalts** beträgt in Einnahme und Ausgabe rd. 29,8 Mio. EUR.
- Die **Zuführung des Verwaltungshaushalts** an den Vermögenshaushalt beläuft sich auf 12,1 Mio. EUR, nach Abzug der Pflichtzuführung ergibt sich eine Nettozuführung von 8,1 Mio. EUR.
- Zum Ausgleich des Vermögenshaushalts ergibt sich ein **Kreditbedarf** in Höhe von 4,6 Mio. EUR. Abzüglich der ordentlichen Tilgung von 3,6 Mio. EUR ergibt sich eine „**Nettokreditaufnahme**“ von 989.100,-EUR.
Eine Netto-Neuverschuldung kann also nach dem vom Kreisausschuss empfohlenen Entwurf nicht ganz vermieden werden.

Nun zum Haushalt 2008 im Einzelnen:

Die Ihnen jetzt vorliegende Empfehlung des Kreisausschusses zum **Verwaltungshaushalt 2008** ist bei einer eingeplanten Senkung der Kreisumlage von 44 % auf 43 % ausgeglichen und weist eine „**Nettozuführung**“ zum **Vermögenshaushalt von 8.132.900,- EUR** aus. Im Vergleich zur Veranschlagung im Nachtrag 2007 ist das eine **Verschlechterung** in Höhe von rd. 5,5 Mio. EUR.

Eine wichtige Einnahme des Kreishaushaltes ist die **Kreisumlage**.

Die Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden, die eine der Umlagegrundlagen für die Ermittlung der Kreisumlage ist, hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 8,3 Mio. EUR erhöht, während die Schlüsselzuweisungen als weitere Umlagegrundlage sich voraussichtlich um

ca. 3,1 Mio. EUR vermindern. Das betragsmäßige Aufkommen der Kreisumlage erhöht sich bei einem um 1 %-Punkte niedrigerem Hebesatz von 43 % gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,9 Mio. EUR von rd. 52,9 Mio. Euro auf rd. 54,8 Mio. Euro.

Nach Senkung des Umlagesatzes wird der Landkreis Cloppenburg von den 38 Landkreisen in Niedersachsen weiterhin den drittniedrigsten Umlagesatz anwenden.

Neben der Kreisumlage gibt es weitere **große Einnahmeblöcke des Verwaltungshaushalts:**

Die Einnahmen aus **Verwaltungsgebühren** (Gr. 10) sowie **Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten** (Gr. 11) belaufen sich 2008 auf insgesamt rd. 33,9 Mio. EUR. Im Jahre 2007 waren hierfür noch rd. 34,6 Mio. EUR veranschlagt. Von den Mindereinnahmen entfallen rd. 740.000,- EUR auf die Gebühren in der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene, weil ab dem 01.01.2008 eine Gebührensenkung erfolgt.

Unsere gesamten Einnahmen (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) aus dem **kommunalen Finanzausgleich** belaufen sich nach den jetzigen vorläufigen Berechnungen für 2008 auf insgesamt rd. 22,5 Mio. EUR. Gegenüber der endgültigen Zuweisung für das Jahr 2006 bedeutet das eine Mindereinnahme von rd. 1,6 Mio. EUR.

Nun zu den **großen Ausgabeblöcken des Verwaltungshaushalts:**

Die **Personalausgaben** werden sich 2008 um nur 43.600,- EUR von rd. 30,86 Mio. EUR in 2007 auf rd. 30,90 Mio. EUR in 2008 erhöhen. Für die Beschäftigten wurden die tariflich vereinbarten Einmalzahlungen, der Strukturausgleich und das Leistungsentgelt berücksichtigt. Für die Beamten wurde eine Besoldungserhöhung von 3 % und ein dem Beschäftigtenbereich entsprechendes Leistungsentgelt eingeplant.

Den Kostensteigerungen aufgrund von Neueinstellungen, geplanten Höhergruppierungen und Beförderungen, der Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige und der Steigerung der Umlage zur Versorgungskasse stehen Ersparnisse im Beamten- und Beschäftigtenbereich durch die Streichung der Einmalzahlung gegenüber. Einsparungen ergeben sich ebenfalls durch die Verringerung der Personalkosten im Bereich der Geflügelfleischhygiene aufgrund verringerter Schlachtzahlen.

Insgesamt ergeben sich Mehrausgaben in Höhe von 0,14 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Bruttoausgaben für Personal sind um verschiedene Erstattungen in Höhe von insgesamt 2,4 Mio. EUR zu reduzieren. Zieht man außerdem die Personalkosten für die kostendeckenden Einrichtungen Abfallentsorgung, Rettungsdienst und Fleisch- und Geflügelfleischkontrolle ab (für diesen Bereich sind das allein 10.428.200,- EUR) verbleiben Netto-Personalausgaben in Höhe von 16,9 Mio. EUR, das sind dann noch 9,68 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts.

Insgesamt stehen wir mit den Personalkosten im Vergleich zu anderen Landkreisen günstig da. Die Kreisverwaltung erbringt eine Vielzahl von Leistungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft in unserem Landkreis Cloppenburg. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind motiviert und leistungsstark, und ihre Arbeit ist ihren Lohn bzw. ihr Gehalt wert.

Der **Zuschussbedarf für die Schulen** (gesamter Einzelplan 2) des Verwaltungshaushalts wird sich um rd. 1,6 Mio. EUR auf rd. 16,0 Mio. EUR erhöhen. 306.800,- EUR entfallen hiervon auf die Bewirtschaftungskosten (Gas und Strom) und 260.000 EUR auf die Schülerbeförderung. Die größte Erhöhung gegenüber 2007 mit rd. 1,1 Mio. EUR entfällt jedoch auf Unterhaltungsmaßnahmen.

In unserem Schuletat sind auch rd. 2,8 Mio. Euro enthalten, die wir jährlich den Städten und Gemeinden für die laufenden Kosten der gemeindeeigenen Schulen des SEK-Bereichs überweisen.

Der **Zuschussbedarf für die „Soziale Sicherung“** des Verwaltungshaushalts erhöht sich um rd. 2,4 Mio. EUR auf rd. 38,4 Mio. EUR.

Für die **örtliche Sozialhilfe** ist für 2008 insgesamt ein Zuschussbedarf von rd. 18,8 Mio. EUR veranschlagt. Gegenüber 2007 ist das eine Mehrausgabe von 990.100,- EUR. Ein Grund hierfür ist die Grundsicherung nach dem SGB II.

Der Zuschussbedarf in der **überörtlichen Sozialhilfe – Quotales System** – erhöht sich um 0,6 Mio. EUR auf rd. 28,4 Mio. EUR in 2008. Die Erstattungen durch das Land für das Quotale System werden ebenfalls um diesen Betrag steigen, vorausgesetzt es bleibt bei der festgesetzten Quote von 75 %.

Der Zuschussbedarf für die **Jugendhilfe** steigt weiter, und zwar in 2008 um rd. 1,1 Mio. EUR von bisher rd. 12,1 Mio. EUR in 2007 auf rd. 13,2 Mio. EUR in 2008. Von den 1,1 Mio. EUR entfallen rd. 700.000,- EUR auf die Hilfe zur Erziehung und rd. 300.000,- EUR auf die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder, Jugendliche und junge Volljährige.

Nun kurz zum **Vermögenshaushalt**.

Die großen Ausgabeblöcke sind:

- | | |
|--|--------------------|
| • Erwerb von Grundstücken (Gr. 932) | rd. 1,4 Mio. EUR |
| • Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens (Gr. 935) | rd. 2,7 Mio. EUR |
| • Baumaßnahmen (Gr. 94 – 96) | rd. 9,5 Mio. EUR |
| • Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Gr. 98) | rd. 12,5 Mio. EUR |
| • Tilgung von Krediten (Gr. 97) | knapp 3,6 Mio. EUR |
| zusammen | rd. 29,7 Mio. EUR |

Unter **Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens** sind u.a. Ausgaben für Beschaffungen und Erstausrüstungen für unsere Schulen und für das Medienzentrum von 1.813.700,- EUR vorgesehen.

Von den **Baumaßnahmen** in 2008 entfallen rd. 6,6 Mio. EUR auf Schulbaumaßnahmen, wobei der Neubau des Laurentius-Siemer-Gymnasiums mit rd. 2,1 Mio. EUR und die Erweiterungen der BBS am Museumsdorf, der BBS Technik und der BBS Friesoythe mit rd. 1,6 Mio. EUR die größten Einzelpositionen sind.

Nach dem **Finanzplan** ist der Verwaltungshaushalt auch in den Jahren 2009 bis 2011 bei gleichem Kreisumlagesatz ausgeglichen.

Das Volumen des **Vermögenshaushalts** in den Finanzplanungsjahren 2009 - 2011 verringert sich gegenüber 2008 um durchschnittlich 15 Mio. EUR.

Wenn keine neuen Investitionen notwendig würden, was allerdings höchst unwahrscheinlich ist, und wenn die allgemeine Konjunktur nicht abflaute, könnte in den Jahren 2009 bis 2011 mit einer echten Entschuldung des Landkreises begonnen werden.

Wir wissen jedoch bereits jetzt, dass wir in den nächsten Jahren mit weiteren Investitionen im Schulbereich und mit weiteren Kosten in der Kinderbetreuung zu rechnen haben, Kosten, die wir zurzeit noch nicht genau kennen und deshalb noch nicht in der Finanzplanung berücksichtigt haben.

In der Dienstbesprechung der Hauptverwaltungsbeamten am 21.11.2007 in Garrel wurden die Eckdaten des Haushalts 2008 und die Höhe des künftigen Kreisumlagehebesatzes vorgetragen. Die Gemeinden haben gefordert, den Kreisumlagesatz so anzupassen, dass der

Vorjahresbetrag von 52,9 Mio. EUR nicht überschritten wird. Diese Erklärung der Bürgermeister ist dem Kreisausschuss vor seiner Beratung des Kreishaushaltes mitgeteilt worden.

Der Kreisausschuss hat Ihnen in seiner Sitzung am 06.12.2007 die Annahme des Haushaltsplanes 2008 in der vorliegenden Fassung empfohlen. Dabei wurde auch dem Antrag der SPD-Fraktion entsprochen, den Haushaltsansatz „Hilfen für Familienpflege – UA 4550 – Haushaltsstelle 761100“ um 10.000 € aufzustocken.

Den Fraktionen, den Fachausschüssen des Kreistages und dem Kreisausschuss möchte ich für die umfangreichen Vorbesprechungen und erfolgreichen Beratungen danken. Die Verwaltung hat sich bemüht, Sie dabei möglichst umfassend zu unterstützen.

Sie, meine Damen und Herren Kreistagsmitglieder möchte ich nun um Ihre Zustimmung zu dem Entwurf des Haushaltsplanes 2008 bitten.“

Kreistagsabgeordneter Schröer:

„Alle Jahre wieder, so können wir mit Blick auf das nahende Weihnachtsfest sagen, alle Jahre wieder ist es Aufgabe der Kommunen, Länder und des Bundestages, den Haushalt für das kommende Jahr zu beschließen. Wir als Kreistag des Landkreises Cloppenburg haben ebenfalls diese Aufgabe, der wir heute und somit, wie es auch sein soll, vor Beginn des neuen Jahres nachkommen werden. Und lassen Sie mich gleich am Anfang meiner Ausführungen sagen, diese Aufgabe lassen wir uns von keinem abnehmen, und wir lassen uns auch nicht in innere Zuständigkeiten hineinreden.

Für die frühzeitige Vorlage und umfassende Unterstützung bei der Beratung des Haushaltsentwurfs möchten wir uns wieder beim Landrat und besonders bei Herrn Lanfermann, Frau Pitann und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken.

Die CDU-Fraktion hat sich mit dem Zahlenwerk sehr ausführlich befasst und die aus unserer Sicht notwendigen Änderungen / Ergänzungen eingebracht und in den Fachausschüssen und im Kreisausschuss entsprechend beantragt und beschlossen. Im Ergebnis stimmen wir der vorliegenden Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan nebst allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2008 zu, und ich beantrage, über die Beschlussvorschläge des Kreisausschusses vom 06.12.2007 zum Haushalt 2008 später abstimmen zu lassen.

Der Landrat hat den zur Beschlussfassung vorliegenden Haushalt für das Jahr 2008 umfassend vorgestellt. Im Folgenden möchte ich auf einige aus unserer Sicht bedeutende Positionen des Haushaltes 2008 eingehen.

Die gute Nachricht:

Der vorliegende Etat des Landkreises Cloppenburg für das Jahr 2008 ist, wie im Vorjahr, ausgeglichen und weist eine „Freie Spitze“ von 8,1 Mio. € aus. Damit bleiben wir (Gott sei Dank) auch für 2008 von der Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungsprogrammes verschont.

Die grundsätzlich schlechte Nachricht:

Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes ist eine Kreditaufnahme von 4,6 Mio. € erforderlich. Damit wird sich der Landkreis, nach Abzug der ordentlichen Tilgung von 3,6 Mio. €, im kommenden Jahr um weitere ca. 1 Mio. € verschulden. Eine Feststellung, die uns stark beunruhigen muss. Von allen Fraktionen wurde u.a. bei der Verabschiedung des Nachtrags Haushaltes eine Entschuldung des Landkreises als absolut notwendiges Ziel erachtet.

Die Abrechnung für 2007 liegt noch nicht vor, wir hoffen jedoch, der Landrat hat es erwähnt, dass wir auf einen Großteil der aus 2006 übertragenen Kredite, möglichst auf die Gesamtsumme, verzichten können. Der Landrat hofft auf ein gutes Ergebnis 2007, wir auch.

Bei den Beratungen für 2008 sind wir mit dem Ziel angetreten, auf Kredite verzichten zu können. Dieses Ziel konnten wir, auch wegen der dringend notwendigen Investitionen, nicht erreichen. Wir gehen aber wieder davon aus, dass im Haushaltsvollzug alles getan wird, um nicht nur im kommenden Jahr eine Nettokreditaufnahme zu verhindern, sondern dass es auch 2008 zu einer wahrnehmbaren Entschuldung kommt. Bei einem Gesamtvolumen von über 200 Mio. € sollte es möglich sein, eine Deckungslücke von ca. 1 Mio. € auszugleichen. Ziel sollte auch im kommenden Jahr eine Sondertilgung sein (2007 konnten wir eine Sondertilgung von 4,5 Mio. € vornehmen). Auf die Stellungnahme des Ministeriums zum Nachtrag hat der Landrat hingewiesen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Nehmen wir die Empfehlungen des Ministers und unsere eigenen Bekundungen zum Thema Entschuldung ernst und handeln wir entsprechend.

Entschuldung ist die sozialste Politik, die wir für die Zukunft unserer Kinder machen können und zu der es keine Alternative gibt. Darüber hinaus müssen wir auch weiterhin, so wie wir es gemeinsam in den letzten Jahren getan haben, einen objektiven Finanzausgleich anmahnen, der uns auch in die Lage versetzt, die örtlichen Probleme und die immer weiter steigenden Aufgaben auch selbst und mit eigenen Finanzmitteln lösen zu können. Darum kritisieren wir, wie in den vergangenen Jahren, die Absenkung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs. Wir benötigen eine Landespolitik, die darauf ausgerichtet ist, unsere Selbständigkeit und unseren Entscheidungsspielraum zu stärken. Die Landesregierung ist, ich bleibe bei meiner Aussage, u.a. mit der Wiedereinführung des Flächenfaktors bei der Berechnung der FAG-Mittel oder der Einführung des Konnexitätsprinzips und auch der Aufstockung der Finanzausgleichsmittel auf einem richtigen Weg, der aber in der nächsten Legislaturperiode konsequent fortgesetzt werden muss.

Bei der Betrachtung der Einzelpositionen des Haushalts 2008 sind natürlich die Personalkosten eine wichtige Größe. Eine besondere Sorgfalt und auch Zurückhaltung im Personalbereich ist dringend erforderlich und wurde und wird von uns eingefordert. Für diese Zurückhaltung bitten wir auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um Verständnis. Für die CDU-Fraktion möchte ich aber auch zum Ausdruck bringen, dass wir um die gestiegenen Anforderungen und auch die gestiegenen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung wissen. Wir möchten uns ausdrücklich für den Einsatz bei jedem Einzelnen bedanken und hier möchte ich aus aktuellem Anlass die gute Arbeit unseres Veterinäramtes nennen. Herr Landrat, wir bitten Sie, diesen unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung in geeigneter Weise weiterzugeben.

Bei der Bewertung des Haushaltes kommt man an der Betrachtung des Einzelplanes 4 „Soziale Sicherung“ nicht vorbei. Die Ausgaben werden nach dem vorliegenden Entwurf von 82,4 Mio. € Rechnungsergebnis 2006 auf ca. 86,9 Mio. € ansteigen (Zuschussbedarf 38,4 Mio. €/Jugendhilfe Zuschussbedarf steigt um 1,1 Mio. € auf 13,2 Mio. €). Wir sind immer wieder betroffen angesichts der Zunahme der Ausgaben, wissen wir doch, dass hinter jeder Zahl auch persönliche Schicksale stehen. Und doch sage ich, dass wir in den Bereichen, die wir direkt beeinflussen können (der überwiegende Teil des Einzelplans Soziale Sicherung ist übertragener Wirkungskreis) unserer Verantwortung gerecht geworden sind.

So haben wir im letzten Jahr gemeinsam die Einrichtung der Familienhebammenhilfe auf den Weg gebracht. Wir haben eine gute, ich meine vorbildliche, Umsetzung des TAG mit den Städten und Gemeinden vereinbart und auch besonders die Einrichtung des Kindertages-

pflegebüros mit der Schwerpunktaufgabe der Qualifizierung von Tagespflegepersonen zusammen mit dem Tagesmütterverein trägt zu einer Verbesserung der Versorgung der unter Dreijährigen in unserem Landkreis bei. Jetzt sind auch die Städte und Gemeinden gefordert, entsprechend ihres Bedarfes den weiteren Ausbau voranzubringen. Wir sollten in diesem Bereich unsere Leistungen nicht kleiner und vor allem schlechter reden als sie wirklich sind.

Sehr erfreulich ist die Tatsache, dass sich auch weiterhin und hoffentlich verstärkt Pflegeeltern in unserem Landkreis finden. Daran mitzuwirken, ist nicht nur unter Kostengesichtspunkten richtig, sondern vor allem und zuerst für die betroffenen Kinder unverzichtbar. Die Aussicht für ein Kind in einer intakten Familie aufwachsen zu können, ist eine der bedeutendsten Grundvoraussetzung. Damit will ich nicht die Leistungen der Heime, die es weiter geben wird und auch wohl geben muss, abwerten. Aber auch für die Personen / Familien, die sich für diesen Schritt entscheiden, ist es eine grundsätzliche und sehr verantwortungsvolle Entscheidung, für die die unterschiedlichsten Motive eine Rolle spielen. Dabei darf und sollte auf keinen Fall die Frage nach der finanziellen Unterstützung im Vordergrund stehen. Richtig ist aber auch, dass wir diese Entscheidung nicht durch hohe finanzielle Belastungen gefährden dürfen. So sind wir gerne bereit, den Antrag der SPD auf Aufstockung des entsprechenden Haushaltsansatzes um 10.000 € für Hilfen der Familienpflege mitzutragen.

Erwähnen möchte ich noch den Einzelplan 7 – Wirtschaftsförderung / Fremdenverkehr. Gerade der Fremdenverkehr (wir konnten es heute – 18.12.07 – den Tageszeitungen entnehmen) wird für unsere Region an Bedeutung zunehmen, darum sollten wir auch weiterhin unseren Beitrag zu einer Verbesserung der Infrastruktur, aber auch des Fremdenverkehrs, direkt leisten.

Auch halten wir den vierspurigen Ausbau der Europastraße 233 zwischen Meppen und Ems-tek für dringend und absolut erforderlich. Die E 233 ist eine Lebensader nicht nur für die Wirtschaft unserer Region. Darum unterstützen wir mit Nachdruck unseren Landrat bei seinen Bemühungen, die notwendigen Planungen voranzubringen. Den Kritikern möchte ich versichern, dass wir hier nicht einfach etwas abnicken. Der Kreistag und vor allem der Kreisausschuss haben sich mehrfach mit der Thematik befasst und auch der Fachausschuss wird sich weiter ausführlich mit der Thematik auseinandersetzen.

Durch eine gezielte und dem örtlichen Bedarf gerecht werdende Wirtschaftsförderung und Standortpolitik können wir dazu beitragen, dass Ausbildungs- und Arbeitsplätze bei uns erhalten und möglichst neue geschaffen werden. Auch dazu leisten wir mit unserer Wirtschaftsförderung einen nicht unerheblichen Beitrag. Besonders unser kreiseigenes Ausbildungsplätzeprogramm, das wir auch 2008 mit einem Ansatz von 375.000 € weiterführen wollen, hat dazu geführt, dass zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen wurden.

Zu unserer aktiven Wirtschaftsförderung gehören auch weiterhin unsere Beteiligungen am eco-park und am c-port.

Dass es in unserer Region auch mit den Arbeitsplätzen aufwärts geht, kann man den Zahlen und Statistiken der Arbeitsagentur entnehmen. Im Arbeitsmarktreport der Bundesagentur für Arbeit für die Landkreise Cloppenburg und Vechta für den Monat November 2007 können wir lesen:

„Im November gab es 8.243 Arbeitslose ohne Arbeit, 120 oder 1,4 % weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote nahm von 5,6 % auf 5,5 % ab. Das ist weiterhin die zweitniedrigste Arbeitslosenquote landesweit nach dem Agenturbezirk Nordhorn. Im Vorjahresvergleich liegt die Zahl der Erwerblosen heute um 1.274 oder 13,4 % niedriger. Die Arbeitslosenquote betrug vor Jahresfrist 6,1 %. Nach den Worten von Bernd-Fred Heyne, Geschäftsführer Operativ in der Vechtaer Agentur für Arbeit, weist die Arbeitslosigkeit den niedrigsten Stand seit fünf Jahren auf. Der Arbeitsmarkt zeigt sich trotz der fortgeschrittenen Jahreszeit robust und kraftvoll“ (Zitat Ende).

Im Landkreis Cloppenburg betrug die Zahl der Arbeitslosen im November 2007 = 4.972 Personen = -625 / -11,2 % zum Vorjahr. Bei der ARGE betrug die Zahl 3.220 -372 = -10,4 % vom Vorjahr. Hoffen wir, dass es der Arbeitsagentur auch im kommenden Jahr möglich ist, solche positiven Zahlen und Aussagen zu verkünden. Die Entwicklung können wir mit unserer Wirtschaftsförderung nur begleiten. Die eigentliche Aktivität muss von unseren Unternehmerinnen und Unternehmern kommen. Dazu müssen auch wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern und dürfen sie keinesfalls verschlechtern.

Noch ein kurzer Blick in das Investitionsprogramm.

Bei den Schulen, die grundsätzlich in einem guten baulichen Zustand sind, wollen wir im kommenden Jahr weitere 6,6 Mio. € investieren. Den Schwerpunkt der Investitionen bildet der Neubau des Laurentius-Siemer-Gymnasiums, die Erweiterung der Berufsbildenden Schulen in Cloppenburg und Friesoythe und der Neubau der Soeste-Schule in Barßel. Intakte, energiesparende und funktionsfähige Schulgebäude sind, neben motivierten Pädagogen Garant dafür, dass unsere Kinder und Jugendlichen eine solide Schulausbildung erfahren können.

Der Ankauf des Finanzamtsgebäudes in Cloppenburg ist vernünftig, richtig und wird von uns selbstverständlich weiter unterstützt. In meinen Ausführungen zum Haushalt 2007 habe ich den Ankauf begründet, will dies aber nochmals verdeutlichen:

1. benötigen wir die Fläche sowie die Liegenschaft für eigene Zwecke und sie ist auch mit Blick auf Lage und Güte im Preis angemessen, allein der Grundstückswert beträgt 500.000 € nach der Richtwertkarte
2. sichern wir mit dem Ankauf den Bau eines neuen Finanzamtes in unserer Kreisstadt. So bleiben die 200 Arbeitsplätze, davon über 80 aus Cloppenburg, in unserem Landkreis erhalten. Sonst, davon bin ich überzeugt, wären diese in Richtung Vechta oder Wildeshausen abgewandert. Zusätzlich stärken wir den Behördenstandort.

Also eine unbedingt, aus mehreren Gründen, richtige Entscheidung, und ich kann nur um Unterstützung bitten. Herr Landrat nochmals unseren Dank für die erfolgreiche Verhandlung mit dem Land.

Abschließend ein Wort zu unserem Antrag auf Reduzierung der Kreisumlage von 44 auf 43 %-Punkte. Nach 2006, wo wir die Kreisumlage um 2 %-Punkte von 46 auf 44 %-Punkte gesenkt haben, sehen wir auch in diesem Jahr noch einmal einen Spielraum zur Senkung der Kreisumlage um einen, von 44 auf 43 %-Punkte. Damit hat der Landkreis Cloppenburg, der Landrat hat darauf hingewiesen, den drittniedrigsten Umlagesatz aller Landkreise in Niedersachsen, bei einem gleichzeitig überdurchschnittlich hohen Schuldenstand. Trotz dieser Senkung steigt, aufgrund der gestiegenen Finanzkraft unserer Städte und Gemeinden, die Kreisumlage um 1,9 Mio. € auf ca. 54,8 Mio. € an.

In den letzten Wochen konnten wir die Ergebnisse der Nachtragshaushalte einiger Städte und Gemeinden in der Tagespresse nachlesen. Überall grundsätzlich positive Ergebnisse. Die Schulden werden – Gott sei Dank – weiter abgebaut bzw. Rücklagen gebildet. (Steuerkraft der Städte und Gemeinden saldiert + 5,1 Mio. € 2007).

Und es kann doch nicht, bei allem Verständnis für die Forderungen der Bürgermeister, so laufen:

Die Städte und Gemeinden entschulden sich und bilden womöglich weitere Rücklagen, der Kreis verschuldet sich weiter und wird mit großer Selbstverständlichkeit aufgefordert, die vorhandenen Strukturdefizite auszugleichen. Eine Gleichung, die nach meinem Verständnis nicht aufgehen kann und auch nicht vertretbar ist. Durch die Senkung der Kreisumlage um 1 %-Punkt entsteht zusammenfassend für alle Beteiligten eine (in der Wirtschaft würde man sagen): „Win – Win Situation“.

Nutzen wir diese grundsätzlich positive Ausgangslage für 2008, um unseren Landkreis weiter nach vorne zu bringen, um ihn für unsere Bürgerinnen und Bürger in allen Städten und Gemeinden weiter lebens- und liebenswert zu erhalten.

Ich bitte um Zustimmung zu dem vorliegenden Haushalt 2008 und danke für die Aufmerksamkeit.“

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer:

„Vorab möchte ich mich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit an diesem Haushaltsentwurf bedanken. Mein besonderer Dank gilt Herrn Lanfermann für die detaillierten Informationen in der Fraktionsberatung.

Der Landrat hat sich in seinen Ausführungen detailliert mit dem sehr umfangreichen Zahlenwerk von ca. 700 Seiten und den darin enthaltenen Einzelpositionen beschäftigt. Deshalb möchte ich mich, um Wiederholungen zu vermeiden, in meiner Stellungnahme zum Haushalt 2008 nur mit einigen wenigen Punkten des Haushalts auseinandersetzen.

Lassen Sie mich zunächst einmal auf die positiven Seiten des Haushalts eingehen. Da ist zunächst der Ansatz für den nichtärztlichen Krisendienst, der nach längerer Diskussion nun doch wieder in den Haushalt eingestellt wurde. Sollte ein entsprechender Beschluss des Kreistages über die Fortführung des Projektes erfolgen, wovon wir ausgehen, würde die erfolgreiche Arbeit im Sinne der betroffenen Bürger fortgesetzt werden können.

Ein zweiter positiver Ansatz ist der seit langem von uns geforderte Ausbau der Förderschule für Erziehungshilfe in Elisabethfehn. Als die SPD-Fraktion die Situation der Schule bei einer Besichtigung vor Ort in Augenschein nehmen konnte, wurde sehr schnell deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Wir sind froh, dass inzwischen durch einen Architektenwettbewerb eine gute bauliche Lösung gefunden werden konnte.

Insgesamt bildet ja der Schulbereich wieder einen Schwerpunkt bei den Investitionen. Dieses Geld ist gut angelegt. Jede sinnvolle Investition in die Bildung unserer Kinder ist eine Investition in unsere Zukunft.

Zu den Zukunftsinvestitionen zählt aber auch die Einrichtung von Hortplätzen, die im vergangenen Jahr nach langer kontroverser Diskussion in Angriff genommen wurde. Wer aber weiß, dass wir beim Angebot bundesweit auf einem der letzten Plätze liegen, dem muss heute schon klar sein, dass wir unsere Anstrengungen in diesem Bereich werden verstärken müssen. Das gilt auch für den Bereich der Erziehungs-, Jugend- und Familienberatung. Als positive Entwicklung ist hier in erster Linie die Einrichtung der Familienhebammenhilfe zu erwähnen, die wir ja vorhin beschlossen haben.

Die tragischen Ereignisse, die in den letzten Monaten durch die Presse gingen, zeigen, dass es immer mehr Eltern gibt, die dringend Hilfe brauchen. Diese Hilfe muss sehr früh einsetzen, denn viele Mütter sind heute kaum noch in der Lage, eine vernünftige Beziehung zu ihren Kindern aufzubauen und häufig fehlt auch die früher übliche Einbindung in eine Großfamilie. Von daher ist die Einrichtung der Familienhebammenhilfe ein richtiger Ansatz.

Ein weiterer Punkt, der in dieses Bild passt, ist der starke Anstieg der Kosten im Bereich der Heimunterbringung von Kindern auf nunmehr 5 Mio. € im Jahr. Auch auf diese Entwicklung müssen wir als Landkreis reagieren. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass die Einweisung in die Heimunterbringung für die Jugendlichen die teuerste und im Vergleich zur Betreuung in Pflegefamilien die schlechtere Lösung ist. Deshalb müssen wir alles tun, um mehr Pflegeeltern zu finden. Dazu müssen wir als Landkreis nach unserer Meinung neben der verstärk-

ten Werbung, die wir ja schon beschlossen haben, auch Pflegeeltern finanziell entlasten von Kosten, die beispielsweise anfallen durch von Krankenkassen nicht übernommene Leistungen oder Fahrkosten für den Schülertransport. Um dies finanzieren zu können, hat die SPD-Fraktion beantragt, den entsprechenden Haushaltsansatz um 10.000 € zu erhöhen. Für die Unterstützung im Kreisausschuss durch die anderen Fraktionen sind wir dankbar.

Aber jetzt zu den für uns negativen Begleiterscheinungen des Haushalts 2008. Wir haben den Eindruck, dass trotz gegenteiliger Beteuerungen die Bürokratie auch in der Kreisverwaltung immer mehr zunimmt. Das mag zugegebenermaßen ein gesamtgesellschaftliches Problem sein. Aber auch der Landkreis wurschtelt beispielsweise in unzähligen Verbänden, Vereinen, Arbeitskreisen, Netzwerken, Arbeitsgemeinschaften und Kooperationen herum, bindet kostbare Arbeitszeit und investiert viel Geld. Positive Ergebnisse können selten vermeldet werden.

Es scheint in unserer Gesellschaft der Irrglaube vorzuherrschen, dass durch das Erarbeiten von möglichst großen Aktenbergen konkrete Probleme vor Ort gelöst werden könnten. Viele Institutionen meinen wohl auch, ihre Daseinsberechtigung durch Auflegen immer neuer Programme beweisen zu müssen. So drücken viele beispielsweise den Kommunen hohe anteilige Finanzierungen bei geringer eigener finanzieller Unterstützung in den Magen. Ein Beispiel dafür ist das heute beschlossene Programm „Region des Lernens“. Statt in Bildung zu investieren wird in Verwaltung investiert.

Ein weiterer negativer Punkt für uns ist, dass im Landkreis eine Optimierung von Verwaltungsstrukturen mit externer Hilfe, wie wir sie schon seit 2006 beantragt haben, bislang nicht in die Wege geleitet worden ist. Auch eine Auslagerung bestimmter Aufgaben auf Kommunen, die zu mehr Bürgernähe führen würde, ist ins Stocken geraten. Ich verweise dabei auf die Einrichtung von Außenstellen für die KFZ-Zulassung.

Auch im Bereich der Zweckverbände liegt unseres Erachtens einiges im Argen. Unsere Vorschläge aus dem vergangenen Jahr zu diesem Thema sind bisher nicht aufgegriffen worden. Ein weiterer Punkt, der unbedingt in nächster Zeit angegangen werden muss, ist die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes der Berufsbildenden Schulen im Landkreis. Bevor wir weitere Schulbaumaßnahmen in diesem Bereich in Angriff nehmen, müssen wir wissen, was auf der Grundlage des neuen Niedersächsischen Schulgesetzes an welchem Standort zukünftig angeboten werden kann. Doppelinvestitionen sind dabei zu vermeiden. Sie sehen also, es gibt viel zu tun.

Aber lassen Sie mich wieder zu den Zahlen des Haushalts zurückkehren. Die Schlüsselzuweisungen gehen gegenüber 2007 deutlich zurück. Die letztjährige einmalige Sonderzahlung durch Vorziehen der Verbundabrechnung entfällt in 2008.

Trotzdem ist der FAG-Topf aufgrund der erheblich gestiegenen Steuereinnahmen gut gefüllt. Und dies, obwohl die Landesregierung wieder einmal 100 Mio. € aus dem Topf für sich einbehält. Wir haben übrigens mittlerweile unter der CDU-geführten Landesregierung die niedrigste Steuerverbundquote, das ist der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen, die je in Niedersachsen festgesetzt wurde, wie die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens kritisiert. Soweit also zu den Wohltaten der Landesregierung. Der Inhalt des FAG-Topfes ist also kein Geschenk, sondern steht den Kommunen zu. Allerdings kann der Verteilungsschlüssel von der Landesregierung unter bestimmten Voraussetzungen verändert werden, was ja auch im letzten Jahr passiert ist. Was wir aber dabei als Landkreis aufgrund des neuen Verteilungsschlüssels durch die Einbeziehung des Flächenansatzes möglicherweise mehr bekommen, geht dabei voll zu Lasten der Städte und Gemeinden. Die-

se Tatsache sollte unserer Ansicht nach bei der Festsetzung der Höhe der Kreisumlage auch eine Rolle spielen.

Damit bin ich bei der in den letzten Wochen viel diskutierten Kreisumlage. Die Einnahmen aus der Kreisumlage steigen trotz einer Senkung um einen Punkt auf nunmehr 43 % immer noch um über 2 Mio. € an. Dies geht zu Lasten der Städte und Gemeinden im Landkreis. Es hat zur Folge, dass Kommunen insbesondere im Nordkreis durch diese Mehrzahlungen gegenüber 2007 ihren Verwaltungshaushalt wieder einmal nicht werden ausgleichen können und dies trotz bester konjunktureller Voraussetzung.

Uns als SPD-Fraktion ist sehr wohl bewusst, dass wir hier im Kreistag, auch wenn viele Kreistagsmitglieder in den Gemeinde- und Stadträten sind, in erster Linie die Interessen des Landkreises zu vertreten haben. Deshalb war es von Anfang an auch unser Ziel, dass es in diesen guten Zeiten zu keiner Nettoneuverschuldung beim Landkreis kommen darf. Dies scheint bei einer Kreisumlagenhöhe von 43 % gegeben zu sein. Lt. Haushaltsansatz 2008 können wir ca. 90.000 € tilgen. Übrigens die Aussage von einigen in der Presse, dass der Landkreis im kommenden Jahr 4,5 Mio. € Schulden macht, halte ich für unredlich, denn natürlich muss man davon die ordentliche Tilgung von 3,6 Mio. € und die rentierlichen Schulden, die aus Gebührenhaushalten finanziert werden, abziehen.

Wir werden nach dem Haushaltsplanentwurf also 90.000 € tilgen können. Schaut man aber etwas genauer hin, so sieht man, dass einige Ausgaben schon im Haushalt 2007 veranschlagt sind und nicht als Haushaltsausgaberesert übernommen werden, sondern neu im Haushalt veranschlagt werden. Sie sind also doppelt veranschlagt. So ist der Ankauf des Finanzamtes, der schon gegen unsere Stimmen beschlossen wurde und wahrscheinlich schon in 2007 kassenwirksam wird, mit 1 Mio. € in 2008 wieder veranschlagt. Die gleiche Vorgehensweise finden wir bei einigen Schulbaumaßnahmen. Selbst wenn man die gegenüberstehenden Einnahmen aus der Kreisschulbaukasse abrechnet, bleibt auch hier eine Summe von über 1 Mio. €, die doppelt aufgeführt ist. Schaut man sich jetzt beide Haushalte zusammen an, dann werden wir, da die oben genannten Summen ja nur einmal anfallen, entweder in der Endabrechnung 2007 statt 7 Mio. 9 Mio. € tilgen können oder wir werden im Jahr 2008 statt 90.000 € über 2 Mio. € in die Tilgung geben können. Und ich setze hier schon mal einen Kasten Bier darauf, dass die Endabrechnung 2008 diese unsere positiven Prognosen noch übertreffen wird.

Die SPD-Fraktion sieht hier also noch Luft, um die Kreisumlage um einen weiteren Punkt auf dann 42 % zu senken. Dies erheben wir hiermit zum Antrag. Wenn der Kreistag unserem Antrag folgt, werden wir diesem Haushaltsentwurf zustimmen. Ansonsten sehen wir uns leider gezwungen, den Haushalt abzulehnen.“

Kreistagsabgeordnete Korfhage:

„Zunächst möchte auch ich meinen herzlichen Dank Herrn Lanfermann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Unterstützung bei der Beratung des Haushalts aussprechen. Ein ebenso herzlicher Dank gilt meinen Kollegen aus der Unabhängigen Bürgerfraktion, die mir immer mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Ich möchte das Zahlenwerk nicht erneut vorstellen, das haben meine Vorredner bereits fundiert und ausgiebig getan. Auch die Unabhängige Bürgerfraktion freut sich über eine freie Spitze von 8,1 Mio. € und über die geringe Netto-Neuverschuldung.

Herr Schröder, in Ihrer letzten Haushaltsrede sagten Sie, dass der Kreistag die Verpflichtung habe, den positiven Trend der anspringenden Konjunktur zu fördern und nicht durch falsche Signale zu behindern. Wir sind auch der Meinung, den innovativen und prosperierenden Mittelstand weiter zu stützen. Dies wird nicht nur durch den Landkreis getan, sondern gerade durch Wirtschaftsförderung der Gemeinden vor Ort. Eine Stadt wie Cloppenburg zahlt trotz der Absenkung der Kreisumlage mehr als im Jahr davor. Denn auch die Kommunen wollen sich entschulden, und wie wir wissen, ist der Zenit der Steuereinnahmen 2007 bereits überschritten. Wir sprechen uns deshalb für eine Absenkung der Kreisumlage um 2 Punkte auf 42 %-Punkte.

Geben wir allen Gemeinden und Kommunen die Chance, ihre Wirtschaft und somit die des gesamten Landkreises anzukurbeln. Wir sollten uns nicht so sehr bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze auf die hier schon ansässigen Monopolisten der Fleischverarbeitung verlassen, die überwiegend im Niedriglohnsektor und mit Leiharbeitern arbeiten, sondern den Städten und Gemeinden die Chance für eine andere Wirtschaftsförderung mit anderen Wirtschaftszweigen im Dienstleistungssektor ermöglichen. Es muss uns gelingen, unsere Wirtschaft auf mehrere Säulen zu stellen. Wir müssen aufpassen, dass der Landkreis nicht der Konkurrent seiner eigenen Gemeinden wird. Der eco-park z.B. darf nicht in Konkurrenz zu den Gewerben der Gemeinden treten, sondern sollte neue Unternehmen von außerhalb ansiedeln.

Familienpolitik:

Die Gemeinden müssen auch vermehrt für eine andere Art der Wirtschaftsförderung in die Tasche greifen, die Familienpolitik. Denn die Gemeinden werden auch weiterhin bei der Umsetzung einer modernen und flexiblen Kinderbetreuung in die Pflicht genommen. Wir begrüßen zwar ausdrücklich, dass der Landkreis nun endlich die Betreuung der unter Dreijährigen im Rahmen der Jugendhilfe finanziell unterstützt, die Kosten für Hortplätze, Ganztagsplätzen oder Ferienbetreuung liegen weiterhin bei den Kommunen. Nur wenn vor Ort ausreichend qualitativ hochwertige Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, können Eltern ohne Sorge um das Wohl ihrer Kinder die Berufstätigkeit fortsetzen. Kreise und Kommunen haben in diesem Handlungsfeld also die Chance, die Lebensqualität für Familien deutlich zu verbessern. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirkt sich unmittelbar auf die Attraktivität der Region als Wirtschaftsstandort aus – und zwar sowohl in kurz- als auch langfristiger Perspektive.

Die Prognos AG untersuchte 2007 erneut in ihrem Familienatlas, wie attraktiv Deutschlands Regionen für Familien sind. Der Kreis Cloppenburg nimmt von 439 untersuchten Regionen den Rang 437, also den vorletzten Platz ein. Ein erschreckendes Ergebnis, wenn Sie mich fragen. Kritisiert wird nicht zum ersten Mal die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch das vom Kreis geförderte Modell Tagesmutter reicht hier allein nicht aus, ganz davon abgesehen, dass es sich hier um schlecht bezahlte, nicht sozialversicherungspflichtige Jobs für Frauen handelt. Wir brauchen mehr flexible Krippenplätze für jeden der einen Platz für sein Kind möchte.

Die Zahl von Kindesvernachlässigung oder gar Misshandlungen steigt stetig auch bei uns im Landkreis. Die Familienhebammen (für die sich die UWG und die UBF seit November 2006 kontinuierlich eingesetzt haben und als erste Fraktion gefordert haben, s. MT vom 1.11.2006) sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber auch Krippenplätze ohne besondere Anspruchsberechtigung müssen ein weiterer Schritt sein. Ab 2013 werden wir den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem 1. Lebensjahr bekommen. Dieser Rechtsanspruch ist unabhängig von der Lebenssituation der Eltern, Gott sei Dank.

Ich hoffe, wir werden hier als jüngster Kreis Deutschlands nicht wieder das Schlusslicht sein. Vorausschauendes Handeln ist notwendig, deshalb die Forderung der Unabhängigen Bür-

gerfraktion: Wer einen Krippenplatz braucht, muss ihn auch bekommen, egal ob berufstätig, in Ausbildung, allein erziehend oder arbeitslos.

Bildung:

Beim Ausbau unserer Schulen investieren wir ja schließlich auch, weil wir sie alle einstimmig als Investition in die Zukunft sehen. Aber zur Bildung gehören eben nicht nur Schulen, sondern auch die frühkindliche Erziehung. Ebenso zur Bildung gehören Projekte wie das NiKo Projekt, welches leider gegen den Willen des Fachausschusses abgelehnt wurde. Und auch ein Internationaler Jugendaustausch ist Bildung, und auch hier müssen wieder dringend Konzepte entwickelt werden und Mittel in den Haushalt gestellt werden.

Bildung und Familienpolitik sichern unsere Zukunft. Gut ausgebildete Einwohnerinnen und Einwohner sind es auch wert, durch ein gewisses Maß an Neuverschuldung unsere Zukunft zu sichern.

Die UBF wird dem Haushalt 2008 nicht zustimmen.“

Kreistagsabgeordnete Lüdders:

„Unsere Haushaltsrede vom Januar dieses Jahres für den noch laufenden Haushalt endete mit einem großen Wunschzettel. Damit möchte ich unsere Haushaltsrede beginnen:

Wir haben einen Traum, dass

- im Landkreis Cloppenburg alle Menschen unter guten Bedingungen zufrieden und im Frieden miteinander leben
- die Bürgerinnen und Bürger für sich und ihre Kinder eine wirtschaftliche Zukunft im Landkreis Cloppenburg sehen, an der sie aktiv mitgestalten können und für die sie sich verantwortlich fühlen
- die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises in ihrer Lebensplanung Unterstützung erfahren und sich bei Schwierigkeiten im familiären und beruflichen Bereich in diesem Landkreis gut beraten fühlen
- Lehrer und Schülerinnen und Schüler gerne zur Schule gehen, weil sie auf dem Schulweg sicher sind, weil sie in der Schule Räume für verschiedene Unterrichts- und Freizeitaktivitäten haben, weil sie in einer entspannten, gewaltfreien und toleranten Atmosphäre arbeiten und lernen können
- die politisch Verantwortlichen in Gemeinden, Stadträten und im Kreistag vorausschauend und kompetent zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger entscheiden und ihre Verantwortung gegenüber Mensch / Natur und Umwelt wahrnehmen

Jetzt – nicht ganz ein Jahr weiter – wollen wir kritisch betrachten, was wir in den einzelnen Bereichen erreicht haben.

Wieder wird dieses Jahr die Kreisumlage gesenkt. Darüber freuen sich die Gemeinden. Für den Landkreis bedeutet dies, dass sich die Nettokreditaufnahme auf ca. 990.000 € belaufen wird. Der Haushalt 2008 wird also zu keiner Entschuldung beitragen. Ich frage mich, ob die Senkung der Kreisumlage ein guter Beschluss war, weil zur Zeit noch die gerichtliche Entscheidung über die Erstattung von Miet- und Energiekosten für ALG II-Empfänger aussteht. Eine Erstattung der Kosten in der tatsächlichen Höhe – was ich den Betroffenen wünsche – bedeutet für den Landkreis bei gleichzeitiger Senkung des Bundeszuschusses eine schwer abzusehende Mehrausgabe. Diese Ausgangslage kann nur zu einer weiteren Verschuldung führen.

Auch für den Haushalt 2008 gilt für unsere kleine Fraktion der Grundsatz der praktizierten Nachhaltigkeit: Die Gelder, die zur Verfügung stehen, müssen so effektiv und wirkungsvoll eingesetzt sein, dass sie durch ihren Einsatz höhere Folgekosten in der Zukunft verhindern. Das ist für uns praktizierte Nachhaltigkeit. Die grüne Partei hat es auf einen kurzen Slogan gefasst: Jetzt an morgen denken!

Nun zu einigen Themen dieses Haushaltes:

Thema Schulen:

Hier haben sich viele Teile unseres Traumes erfüllt. Wir haben das Schulangebot (Fachschule Sozialpädagogik, HelferIn im Gastgewerbe, Berufsfachschule Gastronomie) im Landkreis erweitert. Das ist gut so, denn Gastschulbeiträge, die wir bisher an Nachbarlandkreise gezahlt haben, investieren wir dadurch in Schulen unseres Landkreises. Unseren jungen Bürgerinnen und Bürgern bieten wir wohnortnah schulische Aus- und Weiterbildungsangebote, den Betrieben gut ausgebildete kreative Köpfe für ihre Aufgaben und ihre Produktion. Unsere jahrelange geäußerte Kritik hat Früchte getragen.

Wir arbeiten zielstrebig an einem Konzept für das berufsbildende Schulwesen. Ein erstes sichtbares Ergebnis ist die Region des Lernens, ein gemeinsames Projekt der drei berufsbildenden Schulen des Landkreises in Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft. Auf der einen Seite haben wir hier eine Form von Wirtschaftsförderung, auf der anderen Seite ist hier in der Verzahnung von Schule und Wirtschaft eine Plattform geschaffen worden, der lernschwächeren, aber motivierten Schülerinnen und Schülern einen Einstieg in das Arbeitsleben bietet und einen Ausstieg aus dem Einstieg in die Sozialhilfe.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag begrüßt diese Entwicklungen und findet, dass in diesem Bereich manche Träume erfüllt sind. Und wir wären sehr zufrieden, wenn sich noch ein Traum erfüllen würde: Die kostenlose Schülerbeförderung für Schüler der Sekundarstufe II, um allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von der finanziellen Situation im Elternhaus den angestrebten Schulabschluss zu ermöglichen.

Thema Soziales:

Stichworte, an denen wir beispielhaft überprüft haben, was wir erreicht haben, sind: Kinderbetreuung, Familienhebammen, Maßnahmen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Kinderarmut.

Ein Ausbau der Kinderbetreuung – 250.000 € sind im Haushalt eingestellt – bedeutet gerade für Familien, dass sie sich einen angemessenen Lebensunterhalt und einen Lebensstandard sichern können. Junge Frauen mit Kindern haben so Möglichkeiten, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen und ihre beruflichen Qualifikationen der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Hier sind wir einen ersten Schritt gegangen, weitere müssen folgen. Er fördert so die Ansiedlung von Betrieben, da die „weichen“ Standortfaktoren gegeben sind.

Alpträume breiten sich bei uns aus, wenn wir an die sozialen Probleme denken:

Ein wirksames Instrument haben wir interfraktionell auf den Weg gebracht: die Familienhebammen. Wir haben eine Lücke im sozialen Netz geschlossen zwischen Schwangerenberatung, Jugendamt und Sozialberatung. Den jüngsten Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landkreises sowie ihren Müttern und Familien bieten wir Unterstützung und Begleitung von Beginn ihres Lebens an und erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass sie aktiv und glücklich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Mit großer Erleichterung nehmen wir die Bezuschussung der Drobs wahr. Jetzt können Hilfsangebote weitergeführt werden, die ihren Empfängern und deren Familien gut tun, da sie flexibel und schnell auf die Notwendigkeiten reagieren können.

Tiefste Alpträume erfassen uns und nehmen kein Ende, wenn wir an die Zahl der Kindesmisshandlungen denken, an die Verhaltensauffälligkeiten bis hin zu Störungen, die steigende Gewaltbereitschaft in der Schule und in der Freizeit und die sehr stark steigenden Zahlen von hilfesuchenden Kindern / Jugendlichen und Eltern in den Beratungsstellen. Unsere Beratungsstellen sind an der obersten Grenze ihrer Belastbarkeit. Wenn wir hier unsere politische Verantwortung wahrnehmen wollen, warten wir nicht, bis das System zusammengebrochen ist, sondern reagieren zur rechten Zeit mit Etatserhöhungen, damit weiteres Fachpersonal zum Wohle der Ratsuchenden und der im Bereich Arbeitenden eingestellt werden kann.

Vermeehrt präventive Angebote im familiären und außerfamiliären Bereich können das Entstehen von Schwierigkeiten frühzeitig verhindern. Diese Angebote wirken sich positiv auf die physische und psychische Gesundheit der Familien, das Lernen der Kinder und die Leistungsbereitschaft aus. Dies ist nur möglich, wenn in diesem Arbeitsbereich keine Kürzungen vorgenommen werden. Hier fehlen die klaren Signale.

Im Bereich Hilfe zur Erziehung haben wir 12 Mio. € im Haushalt veranschlagt, das bedeutet eine Steigerung von 50 % im Vergleich zum Haushaltsansatz 2007. Bei einer Hochrechnung bei gleichbleibender jährlicher Steigerung werden wir 2011 hier einen Haushaltsansatz von 13,2 Mio. € haben – wahrscheinlich mehr.

Unseres Erachtens müssen wir jetzt gegensteuern. **Wir möchten einen runden Tisch, eine kompetente Runde von Fachfrauen und Fachmännern aus den Institutionen, die zusammen mit dem Landkreis über präventive Maßnahmen nachdenkt und erste Ansätze erprobt (Antrag Anfang 2008).**

Kinderarmut ist eine weitere Beobachtung, die uns hochschrecken lässt. Bundesweit sind 2,5 Mio. Kinder von Armut betroffen, im Landkreis Cloppenburg waren es 3.983 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Das sind 3.983 Kinder und Jugendliche zuviel.

Auch hier regen wir einen **interfraktionellen runden Tisch** an, der einen „**Masterplan gegen Kinderarmut für den Landkreis Cloppenburg**“ entwickelt, bereits bestehende Initiativen zur Bekämpfung von Kinderarmut bündelt und weitere Hilfsmaßnahmen überlegt, in Konzeptionen fasst und deren Umsetzung begleitet. Dies könnte auch im Rahmen des Jugendhilfeausschusses geschehen oder als Arbeitsgruppe des Ausschusses, würde aber vermutlich den Arbeitsrahmen sprengen. Eine entsprechende Initiative folgt Anfang 2008.

Thema Klimaschutz:

Nun zu einer Querschnittsaufgabe unseres Landkreises, dem Klimaschutz. Eine renommierte naturwissenschaftliche Fachzeitschrift titelte eine Sonderausgabe mit „Die Erde hat Fieber“. Fieber ist ein durchaus ernst zu nehmendes Symptom einer Erkrankung, das unbehandelt zum Tode des Patienten führen kann. In der Medizin kennt man hilfreiche fiebersenkende Mittel, sogar manche sehr wirksame Hausmittel. Mittel, die wir im Hause haben, unsere alltäglichen Möglichkeiten, um eine tödliche Gefährdung zu verringern. Übertragen auf den Klimaschutz sind das die Maßnahmen und Verhaltensweisen, die wir zur Verfügung haben, um den tödlichen Ausgang zu verhindern wie z.B. die Bewirtschaftung der Gebäude.

Die Kosten für die Bewirtschaftung der kreiseigenen Gebäude und Schulen steigen seit Jahren unaufhaltsam. Die Situation auf dem Öl- und Gasmarkt lässt für die Zukunft auch keine Verbesserung erwarten. Deshalb ist schnelles Handeln zur Verbesserung der Energieeffizienz in allen kreiseigenen Gebäuden nötig. Dazu sind verschiedene Maßnahmen zum Beispiel Erfassung aller Gebäudedaten notwendig, um Investitionen in diesem Bereich zu tätigen. Dafür sind aber im Investitionsprogramm des Landkreises keine Mittel vorgesehen – weder zur energetischen Bewertung noch zur Verbesserung der Energiebilanz. Eine Ausnahme gibt es. Da muss in einer landkreiseigenen Schule die Heizungsanlage erneuert wer-

den, da denkt der Mensch wirklich an eine solargestützte Anlage. Welch ein Hoffnungsfunke! (Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen, dass dies ein guter Schritt ist. In unserem Privathaus sparen wir mit einer derartigen Anlage 60 % Gas ein.)
Zwar ist diese Investition in den Haushalt eingestellt, aber noch nicht beschlossen.

Nach wie vor kommt unsere kleine Fraktion zu dem Schluss, dass der Landkreis Cloppenburg in den letzten Jahren aber verpasst hat, die notwendigen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu planen und umzusetzen. Vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Klimakatastrophe und auch aus monetären Gründen sind ein unverzügliches Umdenken und Handeln im Bereich Energie nötig.

Thema Umwelt und Wirtschaft:

Ein Beispiel für nicht praktisierte Nachhaltigkeit – wir sagen es immer wieder – ist für uns der eco-park. Wertvolle Ackerböden mussten zugunsten einer nicht benötigten Gewerbefläche weichen. Diese Umweltzerstörung lässt sich nicht mehr rückgängig machen – an dieser Stelle wiederhole ich meine Worte aus der Haushaltsrede 2007.

Eine weitere Wiederholung: Wir wissen, dass wir wie auch andere Gemeinden und Städte des Landkreises vertraglich gebunden sind. Doch nach so vielen Jahren mangelnden Interesses am eco-park mit seiner verkehrstechnisch optimalen Lage an der A 1, ist es an der Zeit, eine Fehlentscheidung zu korrigieren (wir sind davon überzeugt).

Wir fordern erneut den Einstieg in den Ausstieg aus dem eco-park.

Ebenso findet die Resolution zur Aufnahme der E 233 in das europäische Verkehrsnetz nicht unsere Zustimmung. Nähere Ausführungen und Begründungen hierzu wird mein Fraktionskollege zum entsprechenden Tagesordnungspunkt geben. In aller Kürze hier: Die Zukunft des Transportwesens liegt nach Auffassung unserer Fraktion nicht auf der Straße, sondern fährt Zug – sowohl Mensch (ÖPNV), Tier und Güter.

Abschließend bleibt mir noch zu sagen, dass wir diesen Haushalt als nicht zukunftsfähig ablehnen werden. Wir träumen aktiv weiter. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass sich vieles noch zum Guten wenden kann.

Ich danke der Verwaltung für die viele Mühe und Arbeit beim Erstellen des Haushaltes, für die Geduld beim Beantworten von Fragen und allen anderen danke ich für das Zuhören.“

Kreistagsabgeordneter Meinerling:

„Heute haben wir über den Haushalt des Landkreises Cloppenburg für das Haushaltsjahr 2008 zu beschließen. Das Zahlenwerk ist uns gerade ausführlich durch unseren Landrat erklärt worden. Für die FDP-Fraktion möchte ich dazu folgende Anmerkungen machen:

Allgemeine Finanzlage

Wie wir wissen, tritt zum 1. Januar 2008 die Unternehmenssteuerreform in Kraft. Das bedeutet für den kommunalen Bereich eine erhebliche Änderung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer. Die Niedersächsische Landesregierung geht bei ihren Orientierungsdaten für die kommunalen Haushalte für 2008 von einem Minus von 5,2 % bei der Gewerbesteuer aus. Bekanntlich reduziert sich der Prozentsatz zur Ermittlung des Gewerbesteuer-Messbetrages auf 3,5 % des Gewerbeertrages. Dabei wirken erstmals auch Mieten und Pachten steuererhöhend. Da wir hier im Landkreis Cloppenburg nicht gerade mit großen Betrieben mit vielen Filialen und Nebenstellen überbesetzt sind, müssen wir davon ausgehen, dass in unseren Kommunen 2008 die Gewerbesteuer wegen der grundsätzlichen Reduzierung um 20 % deutlich geringer anfallen wird als 2007.

Einen Punkt aus der jüngsten Finanzausgleichs-Diskussion sollten wir 2008 näher beleuchten. Auch durch das Engagement der FDP ist der Flächenmaßstab in den Finanzausgleich einbezogen worden. Das war angesichts der hohen Ausgaben von Flächenlandkreisen für Straßenbau und –unterhaltung, Schülerbeförderung und Erschließungsmaßnahmen auch dringend notwendig. Dank der Einbeziehung des Flächenmaßstabes beim Finanzausgleich hat der Landkreis Cloppenburg um mehr als 5 Mio. höhere Schlüsselzuweisungen bekommen. Wir müssen daraus aber unsere Schlüsse ziehen. Wir als Landkreis Cloppenburg sollten uns mehr um die Fläche kümmern. Gerade die kleineren Orte müssen in das Blickfeld unserer Kreispolitik geraten.

Ich denke da zum Beispiel an die Schülerbeförderung. Hier muss es endlich Regelungen für den Sekundarbereich II geben, die den Nachteil der kleinen Orte ausgleichen. Viele Schüler fahren hier immer noch weite Strecken, um das Gymnasium erreichen zu können. Sie investieren erhebliches an Zeit, Wege und Anstrengungen. Warum müssen die Eltern der Schüler immer noch zusätzlich Fahrtkosten zahlen und damit den doppelten Nachteil zu einer dreifachen Benachteiligung machen? Einige Landkreise haben schon Modelle vorgelegt. Es kann ja auch nicht so teuer kommen, da durch das zusätzliche Gymnasium in Ramsloh und durch das Abitur nach 12 Jahren die Zahl der Fahrschüler deutlich abnimmt. Aber die Orte, die noch kein Gymnasium haben, sollten nicht doppelt benachteiligt werden. Vielleicht ist ja auch in diesen Belastungen die geringe Abiturquote begründet.

Ein weiterer Punkt ist die Höhe der Kreisumlage. Wie nicht anders zu erwarten, hat die verbesserte Finanzsituation zu heftigen Diskussionen um den Prozentsatz der Kreisumlage geführt. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass es einen Spielraum zur Senkung der Kreisumlage gibt, und zwar nicht nur um einen, wie ihn die CDU-Fraktion vorschlägt, sondern um zwei Prozentpunkte. Insoweit unterstützen wir an dieser Stelle den Antrag der SPD-Fraktion und schließen uns ihm an.

Wir können das auch begründen:

Eine Neuverschuldung im vorgelegten Entwurf wird es, zieht man die sogenannten rentierlichen Schulden ab, schon jetzt nicht geben. Es bleibt sogar ein leichtes Plus von 90.000 €. Nun wissen wir alle und auch die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen es, dass im Nachtragshaushalt, spätestens jedoch in der Jahresrechnung, sich diese Zahlen in der Regel noch verbessern werden. Wir sind uns sicher, dass es am Ende des Jahres auch bei einer Senkung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte nicht zu einer Neuverschuldung kommt. So könnten wir es schaffen, dass die Städte und Gemeinden Spielraum bekommen, um mehr Geld dort zu lassen, wo es eigentlich hingehört: in die Taschen der Bürger unseres Landkreises. Ich bitte alle Kreistagskolleginnen und Kollegen, uns hier zu unterstützen. Eins hat uns in diesem Zusammenhang allerdings doch sehr verwundert. Da trifft die CDU-Fraktion ihren Beschluss zur Höhe der Kreisumlage zu einem Zeitpunkt, wo verlässliche und belastbare Zahlen zum Finanzausgleich noch gar nicht vorlagen. Diese wurden nämlich erst am 23. November geliefert. Zu diesem Zeitpunkt war aber der Beschluss in der CDU-Fraktion längst gefallen. Hier wurden offenbar Beschlüsse auf der Basis von Annahmen und Vermutungen getroffen, nicht aber aufgrund von konkreten Zahlen.

Insgesamt sollten wir jedoch ein waches Auge auf die Veränderungen in der Finanzsituation haben und dann vor allem erst einmal sparen.

Der Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

Ich möchte den Blick noch auf den Einzelplan 4 – Soziale Sicherung lenken. Hier steigt der Bedarf im Vergleich zur Jahresrechnung 2006 von 82,4 Mio. € auf 86,9 Mio. €, eine Steigerung um vergleichsweise moderaten 5,5 %. Große Sorgen machen uns dort aber zwei Positionen:

Bei der Hilfe zur Erziehung außerhalb von Einrichtungen steigt der Bedarf von der Jahresrechnung 2006 von ca. 643.000 € auf 1,2 Mio. €. Die ganze Dramatik erkennt man jedoch erst, wenn man sich vergleichsweise die Zahlen von 2003 ansieht: hier lag das Rechnungsergebnis bei 225.000 €, eine Steigerung seit 2003 um 433 %.

Nicht ganz so dramatisch, aber auch besorgniserregend, steigt der Bedarf bei den Hilfen für Heimpflege in Einrichtungen um rd. 1 Mio. €, und zwar von 4,2 Mio. € in 2006 auf 5,2 Mio. € im Haushaltsplan für 2008. Im Jahr 2003 lag hier das Rechnungsergebnis bei 2,695 Mio. €, immerhin noch eine Steigerung um 93 %.

Hier müssen wir überlegen, was schief läuft und was zu tun ist. Wir geben an dieser Stelle sehr viel Geld für die Reparatur und Behandlung aus; wir sollten mehr in die Vorsorge und Prävention investieren.

Zum Abschluss noch ein Wort zur Kreismusikschule. Wir haben in den vergangenen Jahren wiederholt den hohen Zuschussbedarf kritisiert. Heute müssen wir feststellen, dass sich die Situation an dieser Stelle erfreulicherweise verbessert hat. Trotzdem sollten wir hier alle Anstrengungen unternehmen, um noch besser zu werden.

Ich möchte mich im Namen der FDP-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung, besonders bei Herrn Landrat Hans Eveslage, für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 bedanken. Besonders bedanke ich mich bei Herrn Lanfermann, der uns die Zahlen näher gebracht und geduldig alle unsere Fragen hierzu beantwortet hat.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche allen von dieser Stelle ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2008.“

Kreistagsabgeordneter Bley nahm Bezug auf die Haushaltsrede von Kreistagsabgeordneten Hans Meyer und wies darauf hin, dass das Land den Kommunen im Rahmen des Finanzausgleichs Mittel in noch nie da gewesener Höhe zur Verfügung stelle. Der Landkreis Cloppenburg profitiere von dem neu eingeführten Flächenfaktor.

Kreistagsvorsitzender Höffmann ließ zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion, die Kreisumlage auf 42 %-Punkte festzusetzen, abstimmen.

Über den Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

12 Ja-Stimmen

34 Nein-Stimmen

Der Antrag wurde damit abgelehnt.

Der Kreistag beschloss bei 14 Gegenstimmen, die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 einschl. Stellenplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2009 bis 2011 zu erlassen und den Finanzplan für die Haushaltsjahre 2009 bis 2011 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

24. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-07-28
Kreisausschuss am 06.12.2007

Der Kreistag nahm die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 52.500,00 € einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

25. Resolution zur beabsichtigten Änderung der ärztlichen Notdienstversorgung

Sachverhalt: Kreisausschuss am 22.11.2007

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer erklärte, er habe die Befürchtung, dass es mittlerweile zu einer Inflation von Resolutionen komme. Der vorliegenden Resolution könne die SPD-Fraktion inhaltlich zustimmen, obwohl sie nur eine geringe Sparte der Gesundheitsversorgung abdecke. Das Problem bestehe darin, dass die ärztlichen Leistungen der Hausärzte immer mehr eingeschränkt worden seien. Dies führe in Zukunft dazu, dass Landarztpraxen für immer mehr Ärzte unattraktiv würden.

Kreistagsabgeordneter Schröder führte aus, die Gesundheitsversorgung sollte dem Kreistag eine Aussage wert sein. Diese Resolution sei ein Signal an die Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung, das Anliegen des Landkreises Cloppenburg zu berücksichtigen und entsprechend zu handeln.

Der Kreistag beschloss einstimmig die der Niederschrift als Anlage beigefügte „Resolution zur beabsichtigten Änderung der ärztlichen Notdienstversorgung“.

26. Resolution des Aktionsbündnisses E 233

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-07-27
Kreisausschuss am 06.12.2007

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer erklärte, der Kreistag habe vor Jahren beschlossen, einen Antrag auf einen 4-streifigen Ausbau der E 233 auf den Weg zu bringen. Damit habe man sich in eine Sackgasse begeben. Eine 2 + 1 Lösung sei jetzt wohl nicht mehr möglich. Die SPD-Fraktion stimme der Resolution zu und plädiere für den Ausbau der Strecke. Dies sei jedoch keine Zustimmung für einen privat finanzierten Ausbau über Maut.

Kreistagsabgeordneter Dobelmann wies darauf hin, dass sich durch die bis jetzt vorliegenden Informationen, sei es durch diverse Presseveröffentlichungen oder durch die Ausschusssitzungen des Landkreises, ein konfuse Bild ergebe. Das Gutachten zur Privatfinanzierung liege unter Verschluss bei den Befürwortern des funktionsgerechten vierstreifigen Ausbaus. Aus den Äußerungen des Herrn Pfeifer vom niedersächsischen Verkehrsministerium sei zu entnehmen, dass ohne eine PKW-Maut eine Finanzierung rechtlich nicht möglich sei. Dazu kämen noch widersprüchliche Angaben über die Länge der Mautstrecke und die

sich ergebende Finanzierungslücke. Falls daran geglaubt werde, dass private Betreiber 30 Jahre bis zum Jahr 2042 diese Strecke betreiben sollten ohne Bankrott zu gehen, dann brauche man schon einen oder mehrere leichtgläubige Geldgeber. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe äußere sich zur Reichweite des Erdöls wie folgt: „Das verbleibende Potenzial an konventionellem Erdöl kann aus geologischer Sicht, bei moderatem Anstieg des Erdölverbrauchs, die Versorgung mit Erdöl über einen Zeitraum von etwa 10 bis 15 Jahre gewährleisten. Nach diesem Zeitraum muss mit einer Versorgungslücke gerechnet werden.“

Andere Ungereimtheiten, wie die Äußerung von Herrn Landrat Bröring: „Wir wollen Mindeststandards, Luxus können wir uns nicht leisten“, würden Böses für die Anlieger erwarten lassen. Für den Fall, wovon er ausgehe, dass überhaupt nicht gebaut werden könne, weil es keine Finanzierungsmöglichkeit gebe, müssten die Anlieger der B 213 vor dem LKW-Verkehr geschützt werden. Unerträglicher Lärm und Abgase von dem Transitverkehr seien nicht mehr länger hinzunehmen. Ein Durchfahrtsverbot für LKWs über 12 Tonnen schein das Gebot der Stunde zu sein, um die Anlieger möglichst schnell zu entlasten. Die Mautpfeiler müssten wieder auf die Autobahn.

Der Resolution des Aktionsbündnisses E 233 könne die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nicht zustimmen. Außerdem bitte er darum, das Gutachten zur Privatfinanzierung der E 233 unverzüglich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Landrat Eveslage wies darauf hin, dass das Gutachten in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses behandelt und den Kreistagsmitgliedern rechtzeitig zugestellt werde.

Kreistagsabgeordneter Schröder erklärte, die CDU-Fraktion spreche sich für die Resolution aus. Die Lebensader E 233 müsse ausgebaut werden. Es sei deshalb wichtig, dass die Strecke in das Transeuropäische Netz der Europäischen Union aufgenommen werde.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff stimmte der Resolution ebenfalls zu. Auch er sprach von einer wichtigen Lebensader für die Region, auf der zunehmend Verkehr zu verzeichnen sei. Jeder der ernsthaft Lärmschutz wolle, könne eigentlich nur massiv für den vierstreifigen Ausbau plädieren. Wenn die Straße ausgebaut werde, erfolge eine Genehmigung nur mit den erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen.

Der Kreistag beschloss bei 2 Gegenstimmen die „Resolution des Aktionsbündnisses E 233“ in der vorliegenden Form.

27. Anfragen zu den Niederschriften des Kreisausschusses

Anfragen wurden nicht gestellt.

28. Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

29. Mitteilungen

Landrat Eveslage teilte mit, auf die Resolution zur Berücksichtigung der Belange betroffener Gebiete bei der Erzeugung von Offshore-Strom in der Nordsee und dessen Ableitung in das Binnenland habe der Landkreis eine Antwort vom Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Antwort erhalten.

Die Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Landrat Eveslage gab bekannt, dass er dem Vorstand der Regionalen Stiftung der Landessparkasse zu Oldenburg angehöre.

30. Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde wurden von einem Einwohner Fragen zum Ausbau der E 233 gestellt. Die Fragen wurden von Landrat Eveslage beantwortet.

Vertraulicher Teil:

Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 19.00 Uhr geschlossen.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführerin